

**20
82**

Union in Deutschland

Bonn, den 16. Juni 1982

Nach dem NATO-Gipfel

Angebote für Abrüstung liegen auf dem Tisch

Die Abschlußberklärungen des NATO-Rates bestätigen erneut in klarer Weise die Ziele der westlichen Friedens- und Sicherheitspolitik. Doch die Überzeugungskraft und Stärke der NATO-Allianz beruht nicht auf wohlerwogenen Worten, sondern allein in dem Willen, die erklärten Ziele in eine gemeinsame Politik umzusetzen und den jeweiligen politischen Rückhalt in ihren Ländern zu verschaffen, stellt Helmut Kohl fest.

Nicht die Sowjetunion, sondern die USA haben auf drei Ebenen konkrete Abrüstungsvorschläge unterbreitet: auf der Ebene der strategischen Waffen (START), auf der Ebene der atomaren Mittelstreckenraketen in Genf und im Rahmen der MBFR-Verhandlungen in Wien zur Verminderung der Truppen in Mitteleuropa.

Die Union fordert die Bundesregierung und insbesondere die SPD auf, wenigstens mit der gleichen Entschiedenheit wie gegenüber den USA auf die sowjetische Führung einzuwirken, endlich ihren Friedens- und Abrüstungswillen unter Beweis zu stellen,

(Weiter auf Seite 2)

■ PRÄSIDIUM

Volle Übereinstimmung über personelle und sachliche Fragen

Seite 3

■ EUROPA

Sozialistische Inflationssünden

Seite 4

■ FINANZEN

Da helfen keine Tricks mehr: Verschuldung treibt neuem Rekord zu

Seite 7

■ KOALITION

Genscher: SPD bereitet Zusammenarbeit mit Grün-Alternativen vor

Seite 9

■ RECHT

Die Problematik der nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft

Seite 11

■ EG

Ohne die Europäische Gemeinschaft gäbe es Heulen und Zähnekklappern

Seite 13

■ STICHWORT

Nettorente?

Seite 14

■ DOKUMENTATION

Die Wirtschaftspolitik der SPD nach ihrem Parteitag 1982 in München

grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

um möglichst rasch zu konkreten Rüstungskontroll- und Abrüstungsergebnissen zu kommen.

Das CDU-Präsidium begrüßte auf seiner Sitzung am Samstag, 12. Juni, den Besuch des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan in Bonn und Berlin als ein Zeichen besonderer Verbundenheit unserer amerikanischen Freunde mit der Bundesrepublik Deutschland. Der Besuch des Präsidenten in Berlin und seine Rede vor der Berliner Bevölkerung haben die amerikanische Verpflichtung für die Sicherheit Berlins und der Bundesrepublik Deutschland ebenso eindrucksvoll unterstrichen, wie seine Abrüstungsvorschläge den kommenden Verhandlungen wichtige Impulse gegeben haben. Es liegt jetzt an der Sowjetunion, auf diese Vorschläge positiv zu antworten.

Auch die Bonner Erklärung des NATO-Gipfels hat die Leitlinien des Bündnisses für eine Politik von Frieden und Freiheit und einer aktiven Friedenssicherung unterstrichen. Es kommt jetzt darauf an, daß sich alle NATO-Partner an diese Politik halten. Nur so können die Bemühungen, zu neuen Vereinbarungen mit dem Ziel einer wirklichen Entspannung mit der Sowjetunion zu kommen, Erfolg haben.

Als innenpolitisches Problem Nummer eins bezeichnete das Präsidium die Wiederbelebung der Wirtschaft durch neue Investitionen und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Das Präsidium erinnerte daran, daß die Union bereits im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen 1982 und der Verabschiedung des Programms der Bundesregierung zur Arbeitsplatzförderung konkrete und umfassende Vorschläge gemacht hat.

Das von der Union vorgelegte Sieben-Punkte-Programm, das nach wie vor Gültigkeit hat, geht davon aus, daß die wirtschafts- und finanzpolitischen Probleme nicht durch eine Erhöhung von Steuern und Abgaben gelöst werden können. Vielmehr müssen umfassende Sparmaßnahmen und die lineare Kürzung der Subventionen erreicht werden. Die der Bevölkerung zuzumutenden Belastungen müssen gleichmäßig und gerecht verteilt werden.

Wichtigste Voraussetzung ist die Wiederherstellung des Vertrauens in die Stetigkeit und Verlässlichkeit der staatlichen Wirtschaftspolitik. Zu einer wirklichen Wende in der deutschen Politik ist allerdings die jetzige Bundesregierung nicht mehr in der Lage.

Walther Leisler Kiep berichtete dem Präsidium über seine Initiative zur Bildung eines Bürgersenats in der Hansestadt Hamburg. Nach Meinung des Präsidiums verdient dieser Versuch die volle Unterstützung aller gutwilligen politischen und gesellschaftlichen Kräfte in Hamburg. Das Präsidium brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß es Walther Leisler Kiep gelingen möge, einen handlungsfähigen Senat unter Hinzuziehung von Sachverständigen zu bilden. Die CDU ist nach Ansicht des Präsidiums vom Wähler als stärkste politische Kraft beauftragt, die Führung zu übernehmen.

Alfred Dregger berichtete über die Vorbereitungen für die Landtagswahl am 26. September. Das Präsidium sicherte der hessischen CDU die volle Unterstützung der Bundespartei für diese wichtige politische Entscheidung zu. Der Parteivorsitzende appellierte an alle führenden Politiker der Union, sich am Wahlkampf der hessischen CDU mit größtmöglichem Einsatz zu beteiligen. Nach der bisherigen Planung wird Helmut Kohl auf 23 Veranstaltungen im hessischen Landtagswahlkampf sprechen.

Volle Übereinstimmung im Präsidium über personelle und sachliche Fragen

Zu den Berichten über die Sitzung des Parteipräsidiums der CDU vom 12. Juni 1982 erklärt der Generalsekretär der CDU, Dr. Heiner Geißler:

Die Präsidiumssitzung am Samstag, dem 12. Juni, wurde auf Vorschlag des Parteivorsitzenden Helmut Kohl im Einvernehmen mit allen Präsidiumsmitgliedern anberaumt, weil in der Präsidiumssitzung am Montag, dem 7. Juni 1982, wichtige politische Fragen, die im Zusammenhang mit dem Zerfall der Regierungskoalition in Bonn zu erörtern waren, aus zeitlichen Gründen — unter anderem wegen der am gleichen Vormittag stattfindenden Bundesvorstandssitzung — nicht zu Ende diskutiert werden konnten.

Die Bundesrepublik steht international und innenpolitisch vor wichtigen Entscheidungen. Die in diesem Zusammenhang zu klärenden sach- und personalpolitischen Fragen wurden auf der Präsidiumssitzung am Samstag ausführlich erörtert. Im Gegensatz zu anderslautenden Berichten waren die Gespräche getragen von der hohen Verantwortung, die die CDU für die Aufrechterhaltung der politischen Stabilität und die Sicherung der Zukunft der Bundesrepublik Deutschland trägt. Sie waren aber vor allem auch geprägt von einem hohen Maß menschlicher Übereinstimmung.

Zusammen mit dem Parteivorsitzenden stelle ich fest, daß am Ende der Sitzung des Parteipräsidiums auch in den Fragen über die Strategie der CDU und in den wesentlichen personellen und sachlichen Fragen volle Einigung erzielt wurde. In diesem Zusammenhang wurden auch die zwischen dem Parteivorsitzenden und mir

in den letzten Wochen aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten einmütig beigelegt.

Im übrigen weise ich auf die inzwischen abgegebenen Erklärungen der stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Ministerpräsident Albrecht und Ministerpräsident Stoltenberg hin.

Diese Erklärungen haben folgenden Wortlaut:

Als durchsichtiges Manöver zur Rettung der schwer angeschlagenen Bonner sozial-liberalen Koalition bezeichnete **Ministerpräsident Albrecht** am Montag in Hannover den Bericht des „Spiegel“ über die Situation der Union.

Die ihm zugeschriebenen Zitate über den Parteivorsitzenden seien frei erfunden und nicht authentisch. Die vom „Spiegel“ gewählte Methode sei unerhört und journalistisch unseriös.

Der Sprecher der Landesregierung Schleswig-Holstein, Staatssekretär Gerd Behnke, erklärte in einem Fernschreiben an die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“:

Im Auftrag von Ministerpräsident Dr. Stoltenberg teile ich Ihnen mit, daß der heutige Bericht Ihres Bonner Korrespondenten über Ausführungen von Dr. Stoltenberg in den Sitzungen des CDU-Präsidiums vom 7. und 12. Juni 1982 in allen wesentlichen Punkten unzutreffend ist.

Dr. Stoltenberg hat in der Sitzung vom 7. Juni nach einer kurzen vorherigen Debatte zu Pressemeldungen über angebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Bundesvorsitzenden und dem Generalsekretär vorgeschlagen, diese Frage und weitergehende Themen der künftigen

(Fortsetzung auf Seite 4)

■ INFORMATION

Europa: Sozialistische Inflationssünden

Angesichts der Fehlentwicklung vor allem infolge der sozialistischen Politik in Frankreich waren die europäischen Änderungen der Währungskurse unvermeidbar und überfällig, erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjörg Häfele.

Richtiger wäre es gewesen, nur die Hauptinflationssünder hätten abgewertet und die Bundesrepublik Deutschland hätte nicht aufgewertet. Die Änderungen sind auch nicht rechtzeitig und geräuschlos genug erfolgt. Deshalb ist die Bundesbank wochenlang genötigt worden, mit Milliardenbeträgen ausländische Währungen aufzukaufen. Diese sind jetzt weniger wert, und es hat zu einer inflationsfördernden Ausdehnung der deutschen Geldmenge, zu einem Inflationsimport geführt. Das Versäumnis der Regierungen war geradezu eine Einladung für Spekulanten:

Es zeigt sich einmal mehr, daß das EWS auf Dauer nur bestehen kann, wenn alle dazugehörenden Länder vor allem eine

folgerichtige Anti-Inflations-Politik betreiben. Eine ständige Wiederholung solcher verspäteter und amtlich vorher jeweils hartnäckig dementierter Währungsanpassungen schadet allen europäischen Volkswirtschaften.

Nicht die UdSSR, sondern die USA sind unser Sicherheitspartner

Zur Rede des deutschen Bundeskanzlers vor der 2. Sondergeneralversammlung über Abrüstung in New York erklärte der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle Jürgen Todenhöfer, der den Bundeskanzler als Delegationsmitglied nach New York begleitet hatte, in einer ersten Stellungnahme in New York u. a.:

Die CDU/CSU begrüßt es, daß Bundeskanzler Schmidt sich in seinen Ausführungen zur Frage der Verringerung internationaler Nuklearwaffen (START), zur Frage des Abbaus landgestützter nuklearer Mittelstreckenraketen (INF) und zur Frage von Truppenverminderungen in Mitteleuropa (MBFR) an die Position der NATO gehalten hat. Die Union hofft, daß Bundeskanzler Schmidt sich in diesen Fragen gegenüber seiner Partei durchsetzen wird.

(Fortsetzung von Seite 3)

Arbeit des Präsidiums sowie die politische Lage im Bund auf einer besonderen Sitzung ausführlicher zu besprechen.

Dieser Vorschlag ist vom Bundesvorsitzenden und von den anderen Mitgliedern des Präsidiums begrüßt und aufgenommen worden. Es ist völlig abwegig, wenn in diesem Zusammenhang von Angriffen gegen den Bundesvorsitzenden Dr. Kohl berichtet wird.

In der Sitzung vom 12. Juni 1982 sind in den zwei Diskussionsbeiträgen von Mini-

sterpräsident Stoltenberg überhaupt keine Personalfragen einer künftigen CDU/CSU-Regierung angesprochen worden.

Der Verlauf der mehrstündigen Diskussion ist abschließend vom Parteivorsitzenden Dr. Kohl als menschlich außerordentlich positiv und sachlich sehr ergiebig bezeichnet worden.

Der Bonner Korrespondent der FAZ hat weder nach dem 7. Juni noch nach dem 12. Juni versucht, die ihm zugetragenen falschen Informationen über die Ausführungen von Ministerpräsident Stoltenberg direkt zu überprüfen.

Die CDU/CSU wird sich mit den einzelnen Ausführungen des Bundeskanzlers in der außenpolitischen Debatte des Deutschen Bundestages in der kommenden Woche konstruktiv und kritisch auseinandersetzen. Diese Debatte wird Gelegenheit geben, auch zu jenen Teilen der außenpolitischen Ausführungen des Bundeskanzlers Stellung zu nehmen, denen die CDU/CSU nicht uneingeschränkt zustimmen kann. Dies gilt insbesondere für die Aussagen des Bundeskanzlers zur Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West. Unser Sicherheitspartner ist die USA, nicht die Sowjetunion.

Wirtschaftliche Vorteile für die DDR stoppen

Im Gegensatz zur Auffassung der Bundesregierung, welche Wirtschaftsmaßnahmen für ungeeignet erklärt, die DDR zu politischem Wohlverhalten zu bewegen, hat der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Lorenz, sich ausdrücklich zum Fürsprecher des Einsatzes wirtschaftlicher Mittel gegenüber der DDR gemacht.

In Berlin plädierte Lorenz eindringlich dafür, Steuerungsmöglichkeiten im wirtschaftlichen Bereich „zur Verstärkung unserer politischen Argumentation“ zu nutzen. Dies müsse von Signalcharakter für die DDR sein: „Der SED muß praktisch vor Augen geführt werden, daß sie Nachteile hinzunehmen hat, wenn sie Spannungen produziert und daß es für sie von Vorteil ist, wenn sie Spannungsursachen abbaut.“

Gegen Mauer und Schießanlagen protestieren

Berlins Bundes senator Norbert Blüm (CDU) hat die Friedensbewegung zum Protest gegen Mauer und Schießanlagen an der innerdeutschen Grenze aufgefordert. Vor jungen Arbeitnehmern sagte

Generalsekretär erstattet Strafanzeige wegen Flugblatt-Fälschungen

In zahlreichen Städten und Gemeinden, vorwiegend im Raum Köln/Bonn, im Ruhrgebiet, in Niedersachsen und im Raum Frankfurt am Main, sind im Zusammenhang mit der CDU-Großdemonstration „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ am 5. Juni 1982 von unbekannten Tätern falsche CDU-Flugblätter hergestellt und verteilt worden. Dabei wurden u. a. das CDU-Signet mit dem Zusatz „Sicher sozial und frei“, die schwarz-rot-goldene CDU-Demo-Nelke, der Slogan „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ sowie der Flugblatt-Herausgeber-Vermerk der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, täuschend ähnlich nachgemacht und für einen hetzerischen Flugblatt-Text im NS-Jargon mißbraucht. Der bundesweit einheitliche Text — auch das CSU-Signet wurde mißbraucht — die technisch sehr geschickte Fälschung sowie die zeitlich genau abgestimmte, weite und massenhafte Verteilung sprechen für eine zentrale routinierte Planung. Die CDU verurteilt nachdrücklich derartige Machwerke, mit denen sie nichts zu tun hat. Generalsekretär Heiner Geißler erstattet daher — ebenso wie bislang die CSU — Strafanzeige gegen Unbekannt und stellt Strafantrag gegen alle Fälscher und Verteiler.

Blüm in Königswinter, vor wenigen Tagen sei in West-Berlin ein Mensch erschossen worden, nur weil er sich um ein paar Meter zur DDR vertan habe. Blüm: „Ich habe keinen Schrei des Entsetzens von der demonstrierenden Friedensbewegung gehört.“

Der CDU-Politiker stellte die Frage, „ab wieviel Tote beginnt eigentlich die Friedensbewegung zu protestieren“?

Blüm forderte außerdem eine Distanzierung der Friedensbewegung von gewalttätigen Demonstranten. Aus der Friedensbewegung müßten alle ausscheiden, die mit Knüppeln oder Steinen in Erscheinung treten. „Sie widerlegen durch ihre Taten, daß sie für den Frieden sind.“

Den demokratischen Rechtsstaat wieder verteidigen

Zu den unbedingt notwendigen Konsequenzen, die aus den Krawallen und gewalttäglichen Ausschreitungen im Zusammenhang mit dem Besuch des amerikanischen Präsidenten in Berlin gezogen werden müssen, erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Carl-Dieter Spranger: Die CDU/CSU hat seit langem auf diese für unseren demokratischen Rechtsstaat bedrohliche Entwicklung hingewiesen. SPD und FDP sowie die Bundesregierung haben immer wieder mit fadenscheinigen Gründen abgewiebelt. Die Ereignisse in Berlin müssen es dem letzten Zweifler klargemacht haben, daß es so nicht mehr weitergehen kann. Die CDU/CSU fordert deshalb umgehend folgende Maßnahmen zur Bekämpfung der Gewalt auf den Straßen:

1. Das Demonstrations- und Versammlungsrecht muß geändert werden. Die Teilnahme an gewalttätigen Demonstrationen muß unter Strafe gestellt werden (Landfriedensbruch). Vermummung und passive Bewaffnung müssen verboten werden. Die Union hat geeignete Gesetzesinitiativen eingebracht.
2. Die Polizei darf nicht den Gewalttätern schutzlos ausgeliefert sein. Notwendig ist deshalb eine angemessene Ausstattung und die Bereitstellung von Distanzmitteln, die ohne schwerwiegende gesundheitliche

beeinträchtigung gegen gewaltsame Ausschreitungen wirksam sind.

3. Wir brauchen wieder eine Politik, die den demokratischen Rechtsstaat verteidigt und die Erhaltung des Rechtsfriedens und den Schutz der Bürger vor opportunistischen Anpassungen gegenüber extremistischen Minderheiten setzt.

EVP zum Libanon-Krieg

Das Politische Bureau der Europäischen Volkspartei (EVP) hat, wie der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Carl Otto Lenz mitteilte, am 8. Juni 1982 eine Resolution zur Situation im Libanon einstimmig angenommen. Darin bedauert die EVP, daß die Aktivität von bewaffneten Palästinensern, die sich im Libanon wie in einem erobernten Land aufführten, die massiven israelischen Angriffe gegen Südalbanon nach sich gezogen hat.

Sie bekraftigt mit Nachdruck, daß der sofortige Rückzug der israelischen Truppen im Libanon begleitet sein muß von einer gleichzeitigen Entwaffnung der Palästinenser, vom Rückzug aller israelischen und syrischen Truppen und von der Entsiedlung einer internationalen Friedentruppe, die in der Lage ist, der libanesischen Armee die Ausbreitung über das gesamte nationale Territorium zu ermöglichen und so ihre normale Aufgabe zu erfüllen, nämlich die Souveränität des Libanon zu verteidigen.

Kernkraft-Verzögerung kostet zwölf Milliarden

Die Kosten der Verzögerungen beim Bau von Kernkraftwerken belaufen sich, den „Stuttgarter Nachrichten“ zufolge, für Baden-Württemberg auf mehr als zwölf Milliarden Mark; die Preisdifferenz für Strom aus Kernenergie und Strom aus Kohle hat sich seit 1977 verdoppelt. Das geht aus einem Gutachten des Instituts für Kernenergetik in Stuttgart hervor.

BUNDESFINANZEN

Da helfen keine Tricks mehr: Verschuldung treibt neuem Rekord zu

Die Dauerkrise der Bundesfinanzen hält unvermindert an. Wieder einmal müssen die Steuereinnahme-Erwartungen des Bundes allein gegenüber der gerade erst drei Monate alten Steuerschätzung vom März dieses Jahres in Milliardenhöhe korrigiert werden. Die „gewissen gegenläufigen positiven Entwicklungen“, mit denen der damalige Bundesfinanzminister Matthöfer noch das riesige Milliardenloch der März-Schätzung zu verniedlichen suchte, haben sich wieder einmal als Wunschdenken erwiesen, stellt der finanzpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Hansjörg Häfele, fest.

Der Bundeshaushalt 1982 beruhte auf falschen Zahlen, und es muß befürchtet werden, daß der Grundsatz der Haushaltswahrheit auch nicht bei der Aufstellung des Nachtragshaushalts Pate gestanden hat. Der erneute Versuch, die (Nach-)Anforderung der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit nur teilweise zu bedienen, ist jedenfalls bezeichnend. Wie 1981 wird sich auch 1982 die ungedeckte Haushaltssünde von rd. 27 Milliarden Mark im Januar über 33 bis 34 Milliarden Mark im Sommer auf 37 bis 38 Milliarden Mark am Jahresende erhöhen — trotz massiver Abgabenerhöhungen und trotz des Geldregens aus dem Bundesbankgewinn.

Für 1983 zeichnet sich ähnliches ab. Der offenbar schnell resignierende Bundesfinanzminister Lahnstein findet sich von vornherein schon mit einer Lücke von 30 Milliarden Mark ab. Doch dafür sind noch gesetzliche Eingriffe in Höhe von 6 bis 7

Milliarden Mark und die Abweisung weiterer Mehranforderungen seiner Ressortkollegen in mindestens der gleichen Höhe notwendig. Daß man sich und der Öffentlichkeit auch dabei wieder etwas vormachen will, zeigt die Ankündigung des Finanzministers, der bereits heute von einem weiteren Nachtrag für 1983 spricht, bevor er überhaupt mit der Haushaltsaufstellung 1983 richtig begonnen hat.

Die Bundesregierung hat den letzten Rest an finanzpolitischer Glaubwürdigkeit verloren und die wird sie nicht durch fortgesetztes ratenweises Eingestehen der wahren Haushaltsslage wiedergewinnen. Die Bürger wollen nicht alle drei Monate ein neues Milliardenloch, sondern auf der Grundlage einer rückhaltlosen Offenlegung des verfahrenen Zustandes der Bundesfinanzen eine durchgreifende und auf Dauer angelegte Sanierung des Haushalts. Und die ist nicht durch mehr Schulden und höhere Steuern und Abgaben oder die Scheinlösung riesiger Bundesbankablieferungen zu erreichen.

Trotz dieser Sachlage werden führende Koalitionspolitiker — besonders aus den Reihen der FDP — nicht müde, den Bürgern unseres Landes zu versichern, die im Vorjahr angeblich „eingeleitete“ Konsolidierung der Bundesfinanzen werde „fortgesetzt“. Mit den Tatsachen haben solche Behauptungen nichts zu tun, stellt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Jenninger, fest. Es gibt nämlich überhaupt keine „Konsolidierung“, die „fortgesetzt“ werden könnte. Im Gegenteil: Seit den Bundestagswahlen 1980 — jenem Zeitpunkt, von dem an alle führenden FDP-

Politiker sich in zahllosen öffentlichen Erklärungen für eine Begrenzung der Nettokreditaufnahme, für eine Konsolidierung der Bundesfinanzen, für eine durchgreifende Sanierung des Bundeshaushalts über die Ausgabenseite ausgesprochen haben — sind Tempo und Umfang der Staatsverschuldung rapide gewachsen, steuert der Bund noch rascher als zuvor in die finanzpolitische Handlungsunfähigkeit.

Die vielfach angekündigte Umkehr in der Finanzpolitik hat nicht stattgefunden; von „Konsolidierung“ oder gar von „Wende“ kann keine Rede sein. Es geht vielmehr mit noch größeren Schritten bergab. Trotz massiver Erhöhungen von Steuern und Abgaben auf breiter Front und trotz der sog. „Operation '82“ wächst die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben des Bundes unaufhaltsam, wird der Schuldenberg immer größer.

In den Jahren von 1975 bis 1980 betrug die jährliche Netto-Neuverschuldung des Bundes im Schnitt pro Jahr rund 25 Mrd. DM:

Haushaltsjahr/Neuverschuldung in Mrd. DM

1975	1976	1977	1978	1979	1980
29,9	25,8	21,7	25,9	25,6	27,1

Im Jahr **1981** arbeitete sich die Bundesregierung von 27,4 Mrd. DM (Januar) über 33,8 Mrd. DM (im Frühsommer) bis zum Nachkriegsrekord von 37,4 Mrd. DM Neuverschuldung zum Jahresende hinauf. Im Jahre **1982** steht jetzt Ähnliches — und noch Schlimmeres — ins Haus. Auch 1983 wird die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben zwischen 40 und 50 Mrd. DM liegen.

Der Vergleich mit den Jahren 1975—1980 zeigt daher, daß seit der Bundestagswahl nicht etwa „konsolidiert“, sondern noch sehr viel unsolider gewirtschaftet wird als zuvor. Statt der von der Bundesregierung versprochenen „Sanierung“ des Bundeshaushalts zeichnet sich vielmehr eine Entwicklung ab, die auf eine Verdoppelung

des jährlichen Etat-Defizits gegenüber dem Zeitraum 1975—1980 hinausläuft. Zur Verschleierung dieser Wirklichkeit bedient sich die Bundesregierung der immer gleichen Tricks:

Trick Nr. 1: Es werden — entgegen den Warnungen der CDU/CSU und aller seriösen Sachverständigen — regelmäßig unrealistische und geschönte Zahlen für das jeweils folgende Haushaltsjahr eingesetzt, um die geplante Neuverschuldung künstlich herabschrauben zu können. So geschehen beim Etat 1981, 1982 und bei den bisherigen Planungen für 1983.

Trick Nr. 2: Der stets fällige Nachtrag wird so lange hinausgezögert, bis es — im bereits laufenden Haushaltsjahr — für Eingriffe in Leistungsgesetze und Subventionen zu spät ist. Fehlbeträge, die längst vorhersehbar waren, werden dann möglichst in voller Höhe auf angeblich „konjunkturbedingte“ Ursachen zurückgeführt, als einziger Ausweg wird immer eine noch höhere Staatsverschuldung ausgegeben. Dieser Weg wird dann auch rücksichtslos beschritten. So geschehen beim Etat 1981, so geschieht es gerade beim Etat 1982, und so ist es beim Etat 1983 absehbar.

Trick Nr. 3: Durch die Nachträge wächst die Neuverschuldung im jeweils laufenden Haushaltsjahr nochmals ganz erheblich. Diesen Umstand nutzt die Bundesregierung, um unter Hinweis auf ihre vorläufigen Zahlen für das folgende Haushaltsjahr immer wieder neue „Erfolge“ bei der „Begrenzung der Nettokreditaufnahme“ und bei der „Konsolidierung“ des jeweils folgenden Etats zu verkünden; da die Basiszahl gestiegen ist, ist die neue Zahl natürlich niedriger — allerdings nur bis zum nächsten Nachtrag, aber dann wiederholt sich das ganze Spiel ja. So geschehen beim Etat 1981 und 1982, so geschieht es derzeit im Blick auf den Etat 1983, und so wird es fraglos auch über 1983 hinaus geschehen, falls SPD und FDP dann noch im Amt sind.

■ KOALITION

Genscher: SPD bereitet Zusammenarbeit mit Grün-Alternativen vor

Mit tiefer Skepsis haben sich führende Politiker der Koalitionsparteien über die Zukunft der SPD/FDP-Regierungen in Hessen und Bonn geäußert. Der hessischen Landtagswahl am 26. September und den Beratungen über den Bundeshaushalt 1983 wurden eine Schlüsselrolle für die weitere Entwicklung eingeräumt.

Hierzu zwei Pressestimmen:

Der FDP-Bundesvorsitzende Genscher sieht eine deutliche Hinwendung von Teilen der SPD in Richtung Grüne. Diese Entwicklung habe in Berlin begonnen. In Hamburg zeichne sich jetzt die Tendenz ab, daß man entgegen der Zusage vor der Wahl immer mehr mit dem Gedanken sympathisiere, sich von den Grünen und Alternativen tolerieren zu lassen. „Also, die SPD bereitet den Umfall in Hamburg ganz deutlich vor“, sagte Genscher im Deutschlandfunk. (Die Welt)

Im Deutschlandfunk kehrte Genscher den Vorwurf „Umfallen“ gegen die SPD. „Die SPD bereitet den Umfall in Hamburg ganz deutlich vor“, sagte er unter Verweis auf Versuche der SPD, trotz gegenteiliger Zusagen sich einen Minderheitssenat von der Grün-Alternativen-Liste dulden zu lassen. Die politische Entwicklung in der Bundesrepublik sei dadurch gekennzeichnet, „daß in der Sozialdemokratischen Partei die Kräfte immer stärker werden, die eine Zusammenarbeit mit den Grün-Alternativen anstreben“. Sollte sie den Weg weitergehen, würde in der Mitte des Politischen viel Raum frei. Hier sehe er die wichtige Aufgabe der FDP, die Stabilität der Demokratie zu gewährleisten. (Frankfurter Allgemeine Zeitung)

Die bayerische SPD zürnt der FDP

Auf dem Landesparteitag der bayerischen SPD in Schweinfurt haben einige Delegierte ihrem Unmut über die FDP Luft gemacht. Der frühere Münchner Unterbezirksvorsitzende Heckel faßte seine Meinung, durch ständige Rücksichtnahme auf die FDP werde die SPD unglaublich, in dem Satz zusammen: „Was in Bonn geschieht, das haut uns doch die Füße weg.“ Ein Delegierter schilderte die „mühsam zurückgehaltene Wut über den Schwanz, der mit dem Hund wackelt“.

SPD-Eklat in Berlin

Der Parteitag der Berliner SPD geriet zur Zerreißprobe. Hans-Jochen Vogel, der für den erkrankten alten und neuen Landeschef Peter Ulrich das Management übernahm, drohte intern mit der Vertrauensfrage. Das Chaos entstand, als eine zum linken Flügel zählende Kandidatin bei der Wahl zum stellvertretenden Landesvorsitz zweimal unterlag. Daraufhin drohten die Frauen, durch ihren Auszug den Parteitag zu sprengen.

Vogel rettete die Lage nur durch einen Kraftakt, der ohne die von Vogel seit seinem Berlin-Start boykottierten „alten“ Sozialdemokraten der Stobbe-Ära gescheitert wäre: Rechte SPD-Kreisverbände sorgten für die nötigen Stimmen, um — ebenfalls ohne Beispiel in der Berliner SPD-Geschichte — noch auf dem Parteitag gleichsam „aus dem Stand“ mit einer Zweidrittelmehrheit die Satzung zu ändern. Aus zwei Stellvertretern wurden vier. Die Genossin wurde am Ende gewählt.

Bei den Wahlen zum Landesvorstand ergab sich zum erstenmal in der Nachriegsgeschichte der Berliner SPD eine knappe linke Mehrheit. Auf dem Ticket der Linken rückte unter anderem der Sohn des früheren Hamburger Bürgermeisters,

Knut Nevermann, ins höchste Führungs-gremium ein. Er gehört zu den Begründern der APO-Bewegung. Der bei Personalwahlen äußerst disziplinierte Block der Linken umfaßt jetzt gut 100 der 256 Landesdelegierten.

SPD-Mitgliederschwund am Niederrhein

Franz Huppertz, leitender Geschäftsführer des drittgrößten SPD-Bezirks Niederrhein, erklärte seinen Parteidreunden auf deren Bezirksparteitag in Duisburg, warum der jetzt noch gerade 70 000 Mitglieder zählende Bezirk in den vergangenen zwei Jahren fünf Prozent seiner Mitglieder verloren habe. Der Mitgliederrückgang habe sich auch im ersten Quartal 1982 fortgesetzt. Es gehe in der Partei nicht mehr um Meinungs- und Willensbildung, sondern nur noch um Sieger oder Verlierer. Falls die SPD aus dieser „Rundumauseinandersetzung“ nicht schleunigst herausfinde, würden CDU und CSU spätestens 1984 in Bundesrat und Bundestag über Mehrheiten verfügen, von denen „Konrad Adenauer nur träumen konnte.“

Trotz über 800 neuer Mitglieder habe die SPD Niederrhein in den ersten drei Monaten dieses Jahres einen Verlust von 1334 zu beklagen. Huppertz: „Bei den Mitgliederverlusten sind es weitaus überproportional die Eintrittsjahrgänge nach 1972. Da ist Vorsicht geboten, daß sich diese Mitgliederbewegung nicht in eine gefährliche Abwärtskurve entwickelt.“

Fragwürdige Rolle Schmidts beim Gipfeltreffen in Versailles

Bundeskanzler Schmidt hat sich bei dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Versailles nach Kräften bemüht, eine gemeinsame Festlegung zur Begrenzung westlicher Kredite an den Osten zu verhindern. Zwar ist ihm dies nicht gelun-

gen; aber er stellte die von ihm selbst unterzeichnete Erklärung in Frage, noch ehe die Tinte trocken war, indem er signalisierte, das deutsche Ostgeschäft werde unverändert weitergehen. Darauf machte der Unionsabgeordnete Hans Graf Huyn aufmerksam.

Damit stellt sich erneut heraus, daß die Bundesregierung unter Schmidts Führung zugunsten der sowjetischen Interessen wirkt. Nicht umsonst ist der deutsche Bundeskanzler in der „Prawda“ als derjenige gelobt worden, der dem „amerikanischen Druck Widerstand geleistet habe“. In der Tat trägt Schmidt dazu bei, daß den Sowjets wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten als Folge ihrer Unterdrückungspolitik in Afghanistan und Polen auf ein Minimum reduziert werden. Dies muß sie ermutigen, ihre Aktionen fortzusetzen. Auch bleiben durch Schmidts Haltung die Differenzen zwischen Europa und den USA und den europäischen Ländern bestehen oder werden sogar vertieft.

Fehlentscheidung Apels verbittert Dienstwillige

Zehntausende junger Wehrpflichtiger, die in diesen Tagen als Fachoberschulabsolventen oder Abiturienten den Wehrdienst ableisten wollen, werden Opfer rigoroser Entscheidungen.

Weil durch den Bundesminister der Verteidigung eine globale Mittelkürzung für den Wehrpflichtigentitel verfügt wurde, können die jungen Männer, die mit einer Einberufung zur Bundeswehr am 1. Juli 1982 rechnen konnten, ihren Dienst in den Streitkräften nicht antreten. Eine spätere Einberufung zum Oktober 1982 oder Januar 1983 bedeutet für viele, daß sie dann bis zu einem Jahr verlieren, wenn sie studieren wollen und sich nicht zu den erwarteten Terminen einschreiben können. Auf diesen Mißstand machte der Unionsabgeordnete Willy Wimmer aufmerksam.

■ RECHT

Die Problematik der nichtehelichen Lebensgemeinschaft

Vorstand und Koordinierungsausschuß des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) haben auf ihrer letzten Sitzung unter Vorsitz von Friedrich Vogel, MdB, folgende Stellungnahme verabschiedet (gekürzt):

① Vor dem Hintergrund eines veränderten Verständnisses von Ehe, Familie, Sexualität und Liebe hat die Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Auch der Jurist wird immer häufiger mit Rechtsfragen aus dem Bereich nichtehelicher Lebensgemeinschaften befaßt. Trotz der weiten Verbreitung fehlen aber gegenwärtig für die Bundesrepublik Deutschland fundierte und aussagekräftige rechtstat-sächliche Erhebungen über Ursachen, Anzahl, Zielsetzung, Ausgestaltung und Dauer derartiger Lebensformen.

② Neben der Ehe hat es immer andere weniger verbindliche Formen des Zusammenlebens gegeben. Sie wurden von der Rechtsordnung vor allem dann rechtlich anerkannt, wenn das Eherecht durch Ehehindernisse und Eheverbote große Teile der Bevölkerung daran hindert, eine voll-gültige Ehe einzugehen. Da das geltende Recht derartige Ehehindernisse und -verbote praktisch nicht kennt, besteht aus diesem Grund keine Veranlassung, neben der Ehe weitere rechtliche Institute zu schaffen, zwischen denen die Beteiligten frei wählen können.

③ Nach geltendem Recht ist eine befriedigende Lösung der Rechtsprobleme

nichtehelicher Lebensgemeinschaften möglich.

- a) Das BGB enthält allerdings keine ausdrücklichen Rechtsnormen über die nichteheliche Lebensgemeinschaft.
- b) Auch eine analoge Anwendung familiengerichtlicher Bestimmungen scheidet grundsätzlich aus.

Für die analoge Anwendung des Ehe-rechts fehlt es bereits an der notwendigen Vergleichbarkeit zwischen der Ehe und der nichtehelichen Lebensgemeinschaft. Es käme zu einer „Zwangsehe durch Richterspruch“, weil der Richter sich über die ursprüngliche Entscheidung mindestens eines Partners hinwegsetzen würde, eine rechtlich verbindliche Ehe nicht eingehen zu wollen. Außerdem müßte eine analoge Anwendung des Eherechts zu einer Ent-wertung der Institution der Ehe führen, die nach Art. 6 Abs. 1 GG vom Staat beson-ders zu schützen ist.

Im übrigen ist die Ausgestaltung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft äu-ßerst heterogen und diffus. Ihre Begründung ist im Gegensatz zur Ehe nicht an die Einhaltung bestimmter Formen ge-knüpft.

Ebenso kommt eine analoge Anwendung des Verlöbnisses nicht in Betracht. Zwi-schen den Partnern einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft fehlt es an dem für das Verlöbnis kennzeichnenden Ver-trauenstatbestand. Das, was die Partner zur Versorgung des anderen oder zum ge-meinsamen Unterhalt aufgewendet haben, wurde nicht „in Erwartung der Ehe“ ge-

macht und ist deshalb auch nach Verlobnisrecht nicht auszugleichen.

c) In vielen Fällen können nichteheliche Lebensgemeinschaften über das Gesellschaftsrecht, vor allem das Institut der Innengesellschaft, nach den Regeln über den Widerruf einer Schenkung oder über das Bereicherungsrecht vermögensrechtlich abgewickelt werden.

d) Soweit diese gesetzliche Regelung von den Partnern einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft nicht als befriedigend angesehen wird, gestattet ihnen das Gesetz, ihre vermögensrechtlichen Beziehungen durch eindeutige vertragliche Vereinbarungen zu ordnen.

④ Konsequenzen für den Gesetzgeber:

a) Der Gesetzgeber sollte nicht versuchen, ein Netz von Normen für die nichteheliche Lebensgemeinschaft zu schaffen und damit diese Form menschlichen Zusammenlebens zu verrechtlichen. Das widerspräche auch dem Willen der Beteiligten, die sich gegen eine rechtlich verbind-

liche Form wie die Ehe ausgesprochen haben.

b) Zu erwägen wäre allenfalls eine gesetzliche Regelung für die Fälle, in denen ein Partner durch seine Mitarbeit im Beruf oder Geschäft des anderen während langerer Zeit oder durch erhebliche Geldleistungen oder in sonstiger Weise wesentlich dazu beigetragen hat, das Vermögen des anderen zu erhalten oder zu mehren. Auch in diesem Fall sollte eine gesetzliche Regelung jedoch nicht ins Auge gefaßt werden, wo nicht gründliche rechtsstaatliche Untersuchungen vorliegen.

c) Der Gesetzgeber sollte die nichteheliche Lebensgemeinschaft tolerieren, er darf sie aber der Ehe gegenüber nicht gleichstellen oder gar rechtlich bevorzugen. Deshalb müssen die vorhandenen gesetzlichen Regelungen vor allem im Recht der Leistungsverwaltung und dem Sozialrecht daraufhin untersucht werden, ob und inwieweit sie Anlaß und Anreiz zur Begründung oder Aufrechterhaltung von nichtehelichen Lebensgemeinschaften bieten.

SPD-Parteibuchbeförderungen

Unbemerkt von der Öffentlichkeit werden derzeit im Verteidigungsministerium Personalentscheidungen getroffen und weitere vorbereitet, die entscheidende Auswirkungen auf die Bundeswehr und die Sicherheitspolitik haben werden. Darauf machte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter-Kurt Würzbach, aufmerksam. Der Verteidigungsminister und sein parlamentarischer Staatssekretär setzen in die Tat um, was die SPD-Fraktion schon 1971 als „Notwendigkeit“ veröffentlicht hatte, daß nämlich „in Zukunft bei personellen Veränderungen Männer für bestimmte Positionen berücksichtigt werden, die von der Richtigkeit sozialdemokratischer Verteidigungspolitik überzeugt sind“.

In der Praxis bedeutet das, daß bei Personalvorschlägen wenigstens 50 Prozent der Anwärter zur SPD gehören sollen, was zur Folge hat, daß „Kandidaten“ im Personalgespräch sehr direkt auf ihre SPD-Zugehörigkeit hin befragt werden.

So werden ungeeignete Beförderungsanwärter auf SPD-Wunsch in wichtigen Bereichen mit dem Ziel der Höherbeförderung eingesetzt. Die SPD-Personalpolitik beschränkt sich dabei nicht auf Generäle, Präsidenten und Abteilungsleiter, sie geht hinunter bis in die sog. untere Ebene.

■ EUROPA

Ohne die EG gäbe es Heulen und Zähnekklappern

Schonungslose Kritik an den europäischen Behörden gehört zum guten Ton: Es klingt ja auch so schön plausibel, wenn darauf hingewiesen wird, wie „unmöglich“ doch die Bürokratie im fernen Brüssel wieder einmal entschieden hat. Auch mancher deutsche Wirtschaftsverband stößt in dieses Horn, wenn etwa dar auf hingewiesen wird, daß seit 1975 „in der EG“ 80 Milliarden DM an Subventionen in die Stahlindustrie geflossen sind. Außerdem sei die EG-Kommission zu schwach, um die Umstrukturierung der Stahlindustrie zu fördern, und der neue Subventionskodex hat auch nicht gehalten, was man sich von ihm versprochen hat.

Berechtigt ist sie ja, die Kritik an den Subventionen, stellt hierzu Ingo Friedrich, MdEP und Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments, fest. Wenn aber über das unschöne Subventionskapitel geschrieben wird, dann bitte mit einer Benennung der Schuldigen in so klarer Form, daß auch der normal informierte Leser weiß, wer gemeint ist.

Nicht „die EG“ hat 80 Milliarden Steuergelder an Stahlsubventionen bezahlt, sondern die Nationalstaaten Belgien, England, Frankreich, Luxemburg und auch die Bundesrepublik Deutschland (allerdings unter einem anderen Haushaltstitel).

Nicht die lasche Handhabung durch die EG-Kommission verhindert ein Ausmisten

dieser teuren Subventionitis, sondern die Herren nationalen Minister im Ministerrat, die sich trotzig weigern, den EG-Organen die Kompetenzen und Kontrollmöglichkeiten zu geben, die notwendig wären, um den europäischen Bürgern Steuern zu ersparen und Märkte in Ordnung zu bringen. In halsbrecherischer Form bestehen sie auf dem antiquierten Einstimmigkeitsprinzip, obwohl jedes Kind weiß, daß damit viele wichtige Entscheidungen blockiert werden.

Bei diesem ganzen europäischen Spiel — und das gilt nicht nur für den Stahlbereich — beginnt ein kreuzgefährliches Schema einzureißen: Wann immer die nationalen Regierungen können, schieben sie die Schuld für eigene Versäumnisse auf die Bürokraten von Brüssel. Wann immer etwas gelingt, hat es selbstverständlich der nationale Minister gegen erbitterten Widerstand der Brüsseler durchgefochten. Dieses nette „Schwarze-Peter-Spiel“ erlaubt es dann, zu Hause ungestört weiterzuwursteln und unpopuläre, wenngleich notwendige Entscheidungen hinauszögern.

Was sich beim Stahl abspielt, gilt in analoger Form für viele weitere Erscheinungen in Europa, wie etwa dem neu entstehenden Protektionismus: Die nationalen Regierungen erfinden mit geradezu genialer Phantasie ständig neue technische Handelshemmnisse, aber die Prügel für den nicht funktionierenden Markt soll „die EG“ einstecken. Wenn wir dieses unschöne „Schwarze-Peter-Spiel“ so weiter betreiben, dann muß doch bei vielen Bürgern der Eindruck entstehen, daß manche Pro-

bleme erst infolge der EG aufkommen und nicht trotz ihres Bestehens.

In Wirklichkeit gäbe es ohne die EG ein furchtbare Heulen und Zähneklappern: Sämtliche Probleme im Bereich des Stahls, der Agrar-, Handels- und Währungspolitik, aber auch der Inflationsbekämpfung lägen auch ohne die EG auf dem Tisch, nurstellten sie sich dann in wesentlich verschärfter Form dar. Ein Blick auf die Wirtschaftskrisen nach dem Ersten Weltkrieg lehrt sehr schnell, daß damals Abwertungswettläufe der europäischen Währungen mit Sätzen von 30 und 40 % an der Tagesordnung waren und sich

Fotos von der CDU-Großdemonstration am 5. Juni in Bonn

Aktuelle Fotos von der Großdemonstration „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ zum Abdruck in örtlichen CDU-Zeitung, Mitteilungsblättern und Schülerzeitungen können Sie direkt anfordern bei der

**CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit**

die Volkswirtschaften scharf voneinander abschotteten.

Fazit: Die Schuld dafür, daß vieles in der EG noch nicht akzeptabel läuft, liegt am Egoismus der nationalen Regierungen, die nicht bereit sind, europäische Mehrheitsentscheidungen, die für alle von Vorteil wären, zu akzeptieren.

Und ins Stammbuch aller Kritiker eine Bewertung der EG durch die „Baseler Zeitung“ vom 25. März 1982: Wenn man Distanz nimmt und jenseits der sichtbaren Maschinerie auf die Tiefenwirkung achtet, welche die EG geschaffen hat, „dann muß man ihr zugestehen, daß sie ein Großerfolg geworden ist, wie es in der Weltgeschichte nicht viele gibt“.

Das ist die Wahrheit.

STICHWORT

Nettorente?

In der rentenpolitischen Diskussion wird häufig die Einführung einer „nettoloohnbezogenen Rente“ gefordert. Die nettoloohnbezogene Rente brächte jedoch eine Reihe ordnungspolitischer und sozialpolitischer Nachteile:

- ① *Sie verstößt gegen das Leistungsprinzip, denn auch die Beiträge zur Rentenversicherung werden vom Bruttolohn bezahlt.*
- ② *Die Anpassung nach dem Nettoprinzip trifft alle Rentner pauschal, da sie sich nach der durchschnittlichen Steuer- und Abgabenbelastung aller Versicherten richten. Hohe Renten werden dadurch günstiger gestellt als niedrige Renten, die so weiter zurückfallen und möglicherweise unter die Regelsätze der Sozialhilfe absinken würden. Diese Entwicklung würde geradezu den Ruf nach einer Einheitsrente provozieren.*
- ③ *Das Nettoprinzip würde noch zu weiteren Ungerechtigkeiten führen. Würden Neurenten nach dem Bruttoprinzip festgesetzt und Altrenten nach dem Nettoprinzip angepaßt, so würden Rentner, die die gleichen Versicherungs- und Beitragszeiten aufweisen, plötzlich unterschiedliche Renten erhalten. Dabei bekäme der Rentner eine höhere Rente, der später in Rente geht.*

Die bruttolohnbezogene, dynamische Rente, Kern der Rentenreform von 1957, hat sich bis heute bewährt. Sie läßt die Rentner teilhaben am wirtschaftlichen Fortschritt und gibt jedem die Gewißheit, am Ende seines Arbeitslebens auch eine leistungsgerechte Rente zu erhalten.

Zur Sache:

Im Interesse der Arbeitnehmer: Keine Steuererhöhungen

Die SPD - angeblich die Arbeitnehmerpartei - verärgert die Arbeitnehmer und verschärft die Arbeitslosigkeit. Sozialdemokraten wollen

- noch mehr Steuern und Abgaben: zum Beispiel die Erhöhung der Mehrwertsteuer, zum Beispiel einen Zuschlag auf die Lohn- und Einkommensteuer, zum Beispiel eine 'Arbeitsmarkt-abgabe';
- noch mehr Staatsverschuldung und
- noch mehr bürokratische Gängelung der Bürger.

Übrigens : "Unter Inflation verstehe ich, wenn die Zigaretten vier Mark kosten", sagte Helmut Schmidt am 17.08.1972 in einem Interview

Die Union hat im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat erfolgreich für die Interessen der Arbeitnehmer gekämpft:

1. Die Mehrwertsteuer wird nicht erhöht. Denn noch höhere Steuern belasten die Verbraucher und bremsen die Wirtschaft.

2. Die Grundsteuer wird nicht erhöht. Denn noch höhere Grundsteuern belasten den Wohnungsmarkt und bremsen die Bautätigkeit.

3. Der Beitrag der Rentner zur Krankenversicherung wird nicht zur Sanierung des Bundeshaushaltes mißbraucht. Dieser Beitrag dient ausschließlich zur Sicherung der Rentenfinanzen.

Das beweist: Nur die Union handelt im Interesse der Arbeitnehmer



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

Basiswut

Die Wut auf die FDP tritt an der SPD-Basis immer deutlicher zutage. Während sich die führenden Repräsentanten der Partei noch in staatsmännischer Zurückhaltung üben, wenngleich auch bei Ihnen eine zunehmende Schärfe spürbar wird, scheint für viele einfache Mitglieder und Delegierte das Thema „sozial-liberale Koalition“ erledigt zu sein. Das zeigte sich auf vielen der Parteitreffen dieses Wochenendes.

Der sich anbahnende Wechsel der hessischen Liberalen von Holger Börner zu Alfred Dregger, dem gerade nach dem Debakel von Hamburg der Ruch des schieren Opportunismus anhaftet, sorgt für eine weitere Klimaverschlechterung zwischen den beiden Parteien, die wohl nur deshalb noch nicht auf Bonn durchschlägt, weil man sich dort nach wie vor der Koalitionsdisziplin fügt. Insoweit dürfte Hans-Dietrich Genschers Argwohn berechtigt sein, wenn er ein Abrücken von Teilen der SPD in Richtung auf die Grünen konstatiert. Freilich spart er sich die Frage, ob dieser Prozeß womöglich die Folge eines kaum zu leugnenden Abrückens maßgeblicher Teile der FDP in Richtung zur Union hin ist.

Als erstes Ergebnis dieser Entwicklung bleibt jedenfalls festzuhalten: Die Sozialdemokraten rücken zusammen; das Konturen gewinnende neue Feindbild einer FDP, die Börner und früher oder später Helmut Schmidt im Stich läßt zugunsten Dreggers und Helmut Kohls, produziert eine Solidarität, aus der allenfalls noch die Jusos ausbrechen. Das zweite, nicht minder wichtige Ergebnis: Die Liberalen verstricken sich in internen Richtungsstreit, verlieren eben jene Geschlossenheit, mit der Genscher bisher glaubte als Pfund im Wahlkampf wuchern zu können. So ist nicht auszuschließen, daß sich die Liberalen nach der Wahl im September in Wiesbaden dort wiederfinden werden, wo sie in Hamburg schon sitzen: auf den Bänken einer ohnmächtigen außerparlamentarischen Opposition.

Stuttgarter Zeitung, 14. Juni 1982

Vielleicht hätte Ministerpräsident Börner gern noch vor dem Koalitionsaussage-Parteitag der FDP am 17. Juni den Liberalen in Form von Kompromißangeboten ein letztes Rettungszeichen geschickt. Dies läßt aber die Parteilinke nicht zu. Sie hielt sich, wie immer vor Wahlen, in Wiesbaden deutlich zurück und konnte dafür von Börner erwarten, daß das mühsam zwischen den Parteiflügeln ausgehandelte Programm auch in den von der FDP als Sprungbrett zur CDU genutzten Punkten nicht verwaschen würde. Handelsblatt, 14. Juni 1982

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD